

VN-INTERVIEW. EU-Kommissar Johannes Hahn (64) über Krisen und Beitrittskandidaten

„Keine Sorge um den Euro“

Atomkraft und Gas werden nur als Übergangstechnologien akzeptiert.

SCHWARZENBERG Eine von der Europavertretung in Wien gemeinsam mit der Gesellschaft für Europapolitik organisierte Veranstaltung zum Thema „Green Finance“ brachte hochrangige politische Vertreter am Wochenende nach Schwarzenberg. Unter ihnen war auch EU-Kommissar Johannes Hahn, zuständig unter anderem fürs EU-Budget. Um den Euro macht er sich keine Sorgen, das sei eine sehr stabile Währung.

Ein großes Thema ist derzeit die Teuerung. Wäre auf EU-Ebene ein Gegensteuern möglich?

HAHN Wenig, weil das EU-Budget macht nur ein Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Bei den nationalen Haushalten liegt dieser Wert zwischen 30 und 45 Prozent. Das heißt, sie haben die eigentliche Macht und Kraft, hier einen Beitrag zu leisten. Das europäische Budget hat die Aufgabe, die gemeinsamen politischen Prioritäten der 27 Mitgliedsstaaten zu finanzieren. Da geht es etwa um Investitionen in den grünen Übergang, erneuerbare Energie und Energie-Effizienz, um zum einen die CO₂-Emissionen und zum anderen unsere Abhängigkeiten zu reduzieren.

Wie passt es zusammen, dass die EU unlängst Gas und Atomstrom wieder grün etikettiert hat?

HAHN Wir haben anerkannt, dass der Energiemix in einzelnen Ländern eine nationale Kompetenz ist. Auf das hat auch Österreich schon immer hohen Wert gelegt. Ebenso gilt es zu akzeptieren, dass manche Länder beim Übergang zu grünen Technologien ihre Zeit brauchen. Es ist mir wichtig zu betonen, dass



EU-Kommissar Johannes Hahn: „Euro ist eine stabile Währung. Sie ist auch zu groß, als dass man dagegen agieren kann.“ APA/GRODER

weder Atomkraft noch Gas grüne Technologien sind, sondern sie werden als Übergangstechnologien akzeptiert. Ich war bei der seinerzeitigen Beschlussfassung dagegen, weil mir die Übergangsfristen zu lange sind.

Wie bewerten Sie die aktuelle Situation des Euro? Machen Sie sich Sorgen um die Währung?

HAHN Nein, denn der Euro ist eine sehr stabile Währung. Sie ist auch zu groß, als dass man dagegen agieren kann.

Inwieweit belastet die Ukraine-Krise das EU-Budget?

HAHN Der Krieg in der Ukraine hat erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen. Innerhalb der EU müs-

sen wir jenen Ländern besonders helfen, die überproportional viele Flüchtlinge aufgenommen haben. Wir haben ebenso die Aufgabe, die Ukraine in der aktuellen Kriegssituation finanziell zu unterstützen. Und wir sind mit Kosten konfrontiert, die sich im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgungssicherheit ergeben. Zwar nicht so sehr in Europa selbst, da sind wir im Wesentlichen autark, sondern in unserer südlichen Nachbarschaft.

War das Beitrittsangebot die richtige Maßnahme?

HAHN Der Beitrittskandidaten-Status ist in der aktuellen Situation ein extrem wichtiges Signal an die ukrainische Bevölkerung, dass sie eine europäische Perspektive hat.

Das heißt aber nicht, dass es ein Beitrittsverfahren sozusagen im Eilzugtempo mit einem Discount gibt. Die Ukraine muss genauso die Bedingungen erfüllen, wie alle anderen.

Verstehen Sie den Ärger jener südosteuropäischen Staaten, die schon lange auf Beitrittsverhandlungen warten?

HAHN Absolut, weil wir immer gesagt haben, wenn die Bedingungen erfüllt sind, gehen wir den nächsten Schritt. Jetzt ist es so, dass etwa Nordmazedonien das Erforderliche getan hat, aber nicht den nächsten Schritt bekommt. Es gibt seit 2017 auch einen positiven Bericht der Kommission an den Europäischen Rat, dem Kosovo die Visa-Liberali-

sierung zu gewähren, aber wir liefern nicht. Das ist sicher nicht gut für die Glaubwürdigkeit Europas.

Wie viele Länder verträgt die EU noch?

HAHN Man könnte jetzt flapsig sagen: Ob wir 27 oder 33 sind, ist egal, aber auch für die 27 brauchen wir dringend eine Weiterentwicklung, und die kann im Rahmen des bestehenden Vertrages passieren. Es geht darum, in verschiedensten Bereichen zu Mehrheitsentscheidungen zu kommen oder sie zu praktizieren. Wir müssen uns entscheiden, wollen wir als Europäische Union auf globaler Ebene ein Akteur oder ein Reakteur sein. Wenn wir agieren wollen, müssen wir Interessen formulieren und aktiv vertreten. Da ist auch schon viel weitergegangen.

Viele Branchen leiden unter Personalmangel. Trifft das Problem die EU auch?

HAHN Grundsätzlich ist die Europäische Union immer noch ein attraktiver Arbeitgeber. Wir haben im Schnitt pro Jahr 100.000 Bewerbungen für etwa 1500 bis 2000 Jobs, aber es gibt mittlerweile 13 Länder, die bei den Neueinsteigern unterrepräsentiert sind, und Österreich gehört dazu. Die Bundesregierung beginnt jetzt, sich hier zu engagieren. Es wäre auch wichtig, dass die einzelnen Regionen mitmachen. Bei den Toppositionen sind Personen aus Österreich allerdings sehr stark vertreten, insbesondere aus Vorarlberg.

MARLIES MOHR
marlies.mohr@vn.at
05572 501-385

TREFFPUNKT: SCHWARZENBERG
Green Finance Retreat im Bregenzerwald

Hochkarätige Gäste diskutierten in Schwarzenberg über Energiewende

Die grüne Energiewende ist dringlicher denn je: Nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch für die Unabhängigkeit Europas von russischem Gas. Aber was genau braucht es, um die Kurve erfolgreich zu kratzen? Und vor allem: Wie kann der Wandel finanziert werden? Antworten aus erster Hand gab es vergangenes Wochenende bei einer Premiere im Hotel Hirschen in Schwarzenberg.

Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission, und **Paul Schmidt**, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), hatten zum ersten **Green Finance Retreat** geladen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen von fern, wie EU-Finanzkommissarin **Mairead McGuinness** und nah, wie EU-Abgeordnete **Claudia Gamon** (Neos).



Claudia Gamon (links), Mairead McGuinness und Martin Selmayr. GRODER



Im Hotel Hirschen in Schwarzenberg trafen sich Politiker, Wirtschaftsexperten und NGO-Vetreter, um unter anderem über die Energiewende zu sprechen.

Mit dabei waren weitere unter anderem: EU-Haushaltskom-



Klimaministerin Leonore Gewessler und EU-Kommissar Johannes Hahn. GRODER

missar **Johannes Hahn** (ÖVP), Klimaschutzministerin **Leonore Gewessler** (Grüne), EU-Abgeordneter **Rasmus Andresen** (die Grünen), **Johann Strobl**, CEO der Raiffeisen Bank International, **Helmut Ettl**, Vorstand der Finanzmarktaufsicht, **Ambroise Fayolle**, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, **Ewald Nowotny**, Präsident der österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, und Greenpeace-Geschäftsführer **Alexander Egit**.

Rosenkranz setzt auf zwei Themen

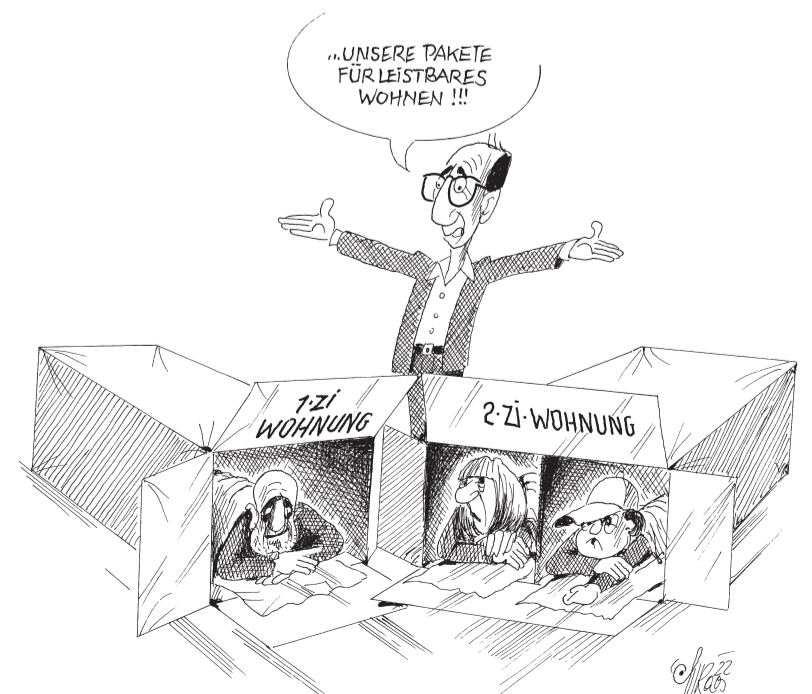
WIEN Der freiheitliche Kandidat für die Hofburg, Walter Rosenkranz, will vor allem mit zwei Themen im Wahlkampf um die Hofburg punkten: Die Coronamaßnahmen, die seiner Meinung nach „überschießend“ sind, und der Umgang mit der österreichischen Neutralität im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dass der Krieg Russlands auf die Ukraine nicht begründbar ist, sei völkerrechtlich und menschenrechtlich unbestritten. Die Wirtschaftssanktionen gegen Russ-

land seien aber „letztlich nicht zu Ende gedacht“, ist Rosenkranz überzeugt. Österreich solle sich als neutraler Boden für Verhandlungen anbieten.

Seine FPÖ-Parteimitgliedschaft will Rosenkranz auch nicht als Präsidentschaftskandidat abstreifen, was er als „verlogen“ sehen würde. Rosenkranz bestätigt die drei Millionen Euro, die die Bundespartei laut „Standard“ für ihn in den Wahlkampf investiert. Spenden werden nicht gesammelt.

KARIKATUR

Armutsbekämpfung!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT

Energiepolitik zwischen Angst und Hoffnung

Vertreter aus Politik und Finanzwelt trafen sich in Schwarzenberg, um über die Ökologisierung der Wirtschaft, Probleme in der Gasversorgung und die Herausforderungen der Energiewende zu sprechen.

Von Moritz Moser
moritz.moser@neue.at

Wenn zwei EU-Kommissare, eine Ministerin, Noten- und andere Banker, Analysten, Mitglieder des Europäischen Parlaments, Vertreter der Zivilgesellschaft, Journalisten, Studenten, Juristen und weitere Experten zu einer Tagung nach Vorarlberg kommen, würde man sich mehr Aufmerksamkeit erwarten, als sie ein Treffen am vergangenen Wochenende erhielt.

Die Beteiligten des „Schwarzenberg Retreat“ trafen sich auf Einladung der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich zu einem informellen Austausch unter der Maßgabe, dass niemandem danach öffentlich konkrete Aussagen zugeschrieben werden dürfen. Die Berichterstattung erfolgt daher ohne Namensnennung.

Grünes Geld? Die Veranstaltung widmete sich dem Thema „Green Finance“ und der Ökologisierung der Finanz-

wirtschaft und war von einem Spannungsverhältnis zwischen einer gewissen Aufbruchstimmung aufgrund der an Fahrt gewinnenden Energiewende und Befürchtungen infolge aktueller Entwicklungen getragen.

Merklichen Dissens gab es in der Frage der sogenannten EU-Taxonomie. Diese regelt, welche Energieformen auf dem Weg zur Klimaneutralität von der Kommission als unterstützenswert eingeschätzt werden. Die Einrechnung von Gas und Kernenergie haben hier zu Kritik geführt, die auch in Schwarzenberg erneut laut wurde. Befürworter der Regelung sprachen hingegen von einer pragmatischen Lösung und einem Übergangsmechanismus. Andere äußerten Befürchtungen, dadurch könne sich die Energietransformation verzögern.

Die Rolle der Banken. Eine lebhafte Debatte entspann sich auch um die Rolle der Zentralbanken und die Frage, ob das Engagement der EZB im Klimawandel einen angemessenen Platz ein-

nimmt. Auch rechtliche Aspekte des Klimawandels und die ökologische Bewertung von Unternehmen wurden diskutiert.

Green Bonds, also klima- und umweltfreundliche Finanzanlagen, seien bereits sehr gefragt, betonten die anwesenden Finanzexperten. Bemängelt wurde hingegen die mangelnde Planbarkeit aufgrund zu kurzer Förderintervalle und die Schwierigkeit, die Klimaneutralität von Finanzprodukten einheitlich zu bewerten. Es gebe Telefonanbieter, die als umweltfreundlich gehandelt würden, weil durch ihre Unternehmenstätigkeit Homeoffice möglich und die Zahl der Pendler reduziert werde, merkte ein Teilnehmer kritisch an.

Angst vor dem Gasausfall. Weitgehend einig war man sich, dass die Gefahr eines russischen Gaslieferstopps im Winter sehr real ist. Der russische Einmarsch in der Ukraine habe eine Zeitenwende ausgelöst, erklärte eine Teilnehmerin. Der Wechsel zu erneuerbaren Energien aus Wind- und Solarenergie sei un-



Der „Schwarzenberg Retreat“ der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich fand heuer erstmals statt. EK/APA/GRODER(3)

aufhaltsam: „Österreich wird am Ende des Jahrzehnts anders aussehen.“

Man sei nun mit einem Gaspreisschock konfrontiert, hieß es weiter. Man hätte die Umrüstung der Volkswirtschaft auf alternative Energien wesentlich früher angehen müssen, so ein Diskussionsbeitrag, habe aber darin versagt, harte Entscheidungen zu treffen.

Ein weiterer Diskutant merkte an, dass laut Energiewirtschaft 85.000 Arbeitskräfte allein in Österreich fehlen würden, um die



Europaabgeordnete Claudia Gamon, EU-Kommissarin Mairead McGuinness und EK-Vertreter Martin Selmayr in Schwarzenberg (v.l.).



Martin Selmayr, Klimaministerin Leonore Gewessler und EU-Kommissar Johannes Hahn (v.l.).



Energiewende zu bewerkstelligen, und sich die zunehmend schwierige Situation am Fachkräftemarkt auch hier auswirke.

Europa in Bedrängnis. Dass selbst die Deutschen nun auf europäische Solidarität drängten, solle man nicht mit Triumphalismus beobachten, erklärte ein Teilnehmer, sondern mit Sorge. Deutschland hatte in vergangenen Krisen bei europäischen Lösungen stets gezögert. Nun greife auch dort die Angst vor einem Gaslieferstopp um sich. Man werde im heurigen Winter vielleicht kein solches Seminar wie jenes in Schwarzenberg mehr abhalten können, „weil man alle Hände voll zu tun haben wird.“

Offen angesprochen wurden auch die fehlenden Mittel für die Energietransformation: Von den 350 Milliarden Euro, die man in der Union jährlich dafür brauche, sei vielleicht die Hälfte da, und der Gasanstieg bis 2027 werde noch einmal 300 Milliarden im Jahr kosten. Die EU müsse außerdem daran denken, dass sie die Anleihen, die sie für ihren Aufbauplan zur Bewältigung der

Coronapandemie aufnehmen dürfe, eines Tages auch zurückzahlen müsse.

Bedenken für den Winter. Unter den Teilnehmern wurden auch Befürchtungen geäußert, wie die Bevölkerung auf Gasengpässe im Winter reagieren werde und was dies für den Krieg in der Ukraine bedeute. Es gab Bedenken, dass der Druck auf eine Einigung mit Russland zulasten der Ukraine steigen könnte, dies aber gleichzeitig die Abhängigkeit Europas vom russischen Gas und Putins Einfluss zementieren sowie den Ausstieg aus fossilen Energieträgern bremsen würde.

Man müsse die Frage stellen, was es für die Europäische Union langfristig bedeuten würde, wenn sie die Ukraine zur Aufgabe im Krieg drängte, so einer der Teilnehmer. Es gilt nun, der Bevölkerung klar zu machen, dass energiepolitisch kein Weg zurück führt.

Der Autor nahm auf Einladung der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich teil.

KOMMENTAR

Für den ORF wird es schwierig

Von Moritz Moser

moritz.moser@neue.at



Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes (VfGH), Teile des ORF-Gesetzes aufzuheben, weil der ORF Inhalte kostenlos im Internet zur Verfügung stellen muss, bringt die schwarz-grüne Bundesregierung nicht unmittelbar aber doch auf absehbare Zeit unter Zugzwang. Die Höchststricher haben dem Gesetzgeber zwar eine relativ lange Reparaturfrist bis Ende 2023 eingeräumt, in der Zeit bis dahin wird sich die Koalition – so sie nach deren Ablauf noch existiert – jedoch überlegen müssen, was sie aus dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes macht.

Von den drei möglichen Lösungen ist die es unwahrscheinlichste, nichts zu tun. Denn der VfGH hat just jene Bestimmungen im Gesetz gekippt, die die Einhebung des Programmentgeltes regeln. Dies ist jener Teil der GIS-Gebühr, der dem ORF zufließt und macht den absoluten Großteil von dessen Einnahmen aus. Täte der Gesetzgeber also nichts, entfielen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk schlicht seine finanzielle Existenzgrundlage. Der VfGH ist mit der Aufhebung der Bestimmungen über das Programmentgelt erneut ein sichtbares Risiko eingegangen. Bereits bei der Aufhebung des absoluten Sterbehilfeverbotes hätten die Höchststricher unzumutbare Zustände erzeugt, wenn das Parlament keine Nachfolgeregelung getroffen hätte – wozu es niemand verpflichten kann. Blicke der Gesetzgeber nun untätig, hätten die Höchststricher erfolgreich den ORF umgebracht.

Die beiden wahrscheinlichen Handlungsvarianten betreffen die mögliche Schaffung

einer Haushaltsabgabe oder die Einschränkung von Online-Inhalten des Österreichischen Rundfunks auf GIS-Zahler. Als Variante der ersten Lösung wäre auch eine GIS-Pflicht für alle Internetnutzer möglich, was de facto einer Haushaltsabgabe gleichkäme.

Es ist kein großes Geheimnis, dass die übrigen österreichischen Medien die zweite Lösung wohl bevorzugen würden, weil sie die Möglichkeit zur Nutzung der ORF-Inhalte offen lässt und ein kostenloses Konkurrenzangebot hinter die Bezahlschranke schieben würde, wo sich viele private Medieninhalte aus Kostengründen bereits wiederfinden.

Ob sich der ORF mit seinem Antrag beim Verfassungsgerichtshof, der zur nunmehrigen Aufhebung geführt hat, einen Gefallen getan hat, wird sich weisen. Eine schwächelnde Regierungsmehrheit könnte dazu neigen, die Lösung des Problems auch angesichts der bereits bestehenden Krisen zunächst zu vertagen. Und wer weiß, welche politischen Konstellationen zum Ende des Jahres 2023 herrschen?

Im Fall von vorgezogenen Neuwahlen wäre der ORF Wahlkampfthema und ein Spielball in den Koalitionsverhandlungen. Auch sonst werden ÖVP und Grüne nicht unbedingt rasch eine Lösung finden, zumal auch die Verfassungswidrigkeit der Bestellung des Stiftungsrates im Raum steht und in Zukunft Probleme verursachen könnte. Dass das aktuelle Dilemma zu einer umfassenden und nachhaltigen Reform des ORF führen könnte, darf aufgrund des Nachhaltigen Interesses der Parteien und Länder am Status quo bezweifelt werden.